

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Vor 50 Jahren:

Ausländer-Statistik 1932

193 Knechte, 74 Fabrikarbeiter und 84 Ordensschwestern

Im VOLKSBLATT vom 4. August 1932 wird die «Ausländer-Zählung» vom 15. Juli 1932 veröffentlicht. Von den damals gut 10 000 Einwohnern unseres Landes waren immerhin 1854 oder nahezu 20 Prozent ausländische Staatsbürger. An der Spitze standen die Österreicher (900), gefolgt von den Deutschen (473) und den Schweizern (333). Mit 88 Staatsangehörigen war die Italiener-Kolonie immerhin schon eine eigene Rubrik wert. 60 ausländische Mitbürger kamen vor 50 Jahren aus verschiedenen «anderen» Staaten. Verändert hat sich im letzten halben Jahrhundert auch die Zusammensetzung nach Berufen. Mit 193 Köpfen waren die Knechte noch die stärkste ausländische Berufsgruppe der Männer. Die Fabrikarbeiter aus dem Ausland (heute mehrere Tausend) machten damals ganze 74 Mann aus; weniger als die Ordens- und Lehrschwestern, die mit 84 sehr stark vertreten waren.

Kommt der Herbst-Schulbeginn nun doch noch?

Empfehlung einer Schweizer Nationalrats-Kommission könnte sich auch auf den Ablauf des Schuljahres in Liechtenstein auswirken!

Die Diskussion über die Frage, ob in Liechtenstein das Schuljahr wie bisher jeweils im Frühjahr oder (wie heute schon in den meisten anderen Ländern) im Herbst beginnen soll, ist für uns immer dann ausdiskutiert, wenn der Hinweis auf die Praxis in der benachbarten Schweiz kommt. Denn aufgrund der engen Verflechtung insbesondere mit dem Kanton St. Gallen und mit anderen Kantonen, die liechtensteinische Schüler in weiterführende Schulen aufnehmen, müssen wir unsere eigenen Entscheidungen in bezug auf den Herbstbeginn des Schuljahres praktisch immer auf die benachbarte Schweiz abstimmen. Dort hat sich inzwischen allerdings etwas getan, was ganz auf die Einführung des einheitlichen Herbstschulbeginns hindeutet.

Nachdem sich die Kantone auf freiwillem Weg nicht auf einen einheitlichen Schulbeginn haben einigen können, soll nun der eidgenössische «Schulvogt» eingreifen und den Spätsommerschulbeginn für die ganze Schweiz einheitlich einführen. Eine Empfehlung in diesem Sinn hat am Donnerstag eine Kommission des Nationalrates an den Bundesrat erlassen.

Am 6. Juni haben es die Stimmberechtigten der Kantone Bern und Zürich abgelehnt, den Anfang des Schuljahres auf den Spätsommer zu verlegen. Einen An-

trag, die ganze Frage nun deshalb zu «be-graben», ist von der Kommission aber mit zwölf gegen eine Stimme abgelehnt worden.

Das wäre schon deshalb nicht möglich gewesen, weil dazu immer noch eine 1981 von zwölf freisinnigen Kantonalparteien eingereichte Volksinitiative hängig ist. Die Kommission wollte aber auch nicht wegen des Entscheids in zwei Kantonen die Entwicklung in den übrigen 26 Kantonen blockieren.

Mit zwölf Stimmen bei zwei Enthaltungen sprach sich die Kommission daher dafür aus, eine bereits vier Jahre alte

Parlamentarische Initiative von Nationalrat Merz (SP/AR) nicht abzuschreiben, sondern vorläufig zurückzustellen. Sie empfiehlt dem Bundesrat in einem Bericht, einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative auszuarbeiten und dabei den Schulbeginn im Spätsommer festzusetzen. Die Volksinitiative würde in diesem Fall zurückgezogen. Und die Stimmbürger könnten sich voraussichtlich Ende 1985 oder Anfang 1986 darüber an den Urnen aussprechen.

Fünf Vorstösse

Insgesamt liegen nun fünf Vorstösse zu dieser Sache auf dem Tisch des Bundes. Neben der Volksinitiative und der Parlamentarischen Initiative Merz sind das drei Ständesinitiativen der Kantone Luzern, Schwyz und Zug, die ebenfalls eine Bundeslösung anstreben, ohne sich allerdings auf Herbst- oder Frühjahrs-Schulbeginn festzulegen. Die Kommission hat diese ebenfalls an den Bundesrat weitergeleitet, mit der Ergänzung, den Spätsommer als Schulbeginn anzustreben. In der Schweiz kennen zurzeit 13 Kantone und der französischsprachige Teil des Kantons Bern den Spätsommerschulbeginn. Sechs weitere Kantone hatten ihn an sich beschlossen, aber noch nicht vollzogen, da sie erst die Entwicklung in Bern und Zürich abwarten wollten.

Für Sie im Dienst (Seite 3)

Balzers: Vom Bauerndorf zur Industriegemeinde (Seite 3)

Radio- und TV-Programme
Seiten 13/14

Sport am Wochenende
Seiten 7/8/9

Bundesliga-live-VOLKSBLATT-
Aktion mit Bayern München
(Seite 2)

Operation «Erdbebenkatastrophe»

Breit angelegte Übung der Liechtensteiner Samariter in Eschen

Diesen Samstag punkt 16 Uhr schliessen sich die Tore hinter rund 130 Personen und Samaritern im Zivilschutzraum Eschen. Für 16 Stunden lang. Im Rahmen einer grossen Feldübung, in welche sämtliche Samaritervereine des Landes und weit über 100 Zivilpersonen miteinbezogen sind, gilt es den Ernstfall einer Erdbebenkatastrophe durchzuexerzieren. Organisiert wird die breitangelegte Aktion vom Samariterverein Liechtensteiner Unterland. Sinn und Zweck dieser Zivilschutzübung zusammen mit der Freiwilligen Feuerwehr Eschen ist es, die Zivilschutzanlage im Schulzentrum Unterland darauf hin zu prüfen, ob sie auch bei grossen Katastrophen als Schutz für Obdachlose und Verletzte geeignet ist und die sanitären Anlagen und Einrichtungen entsprechend funktionieren. Darüber hinaus soll über längere Zeit hinweg das Funktionieren des Funkverkehrs aus dem Zivilschutzzentrum mit anderen Organisationen (in diesem Falle mit der Feuerwehr Eschen) getestet werden.

● Während der Nacht vom Samstag auf Sonntag morgen (8 Uhr Ende der Übung) ist das Zivilschutzzentrum von draussen über Tel. 3 27 34 zu erreichen.

Allerdings sollte nur in ganz dringenden Fällen telefoniert werden. (Beispielsweise bei einer plötzlichen Erkrankung oder eines Unfalls eines Familienangehörigen von im Zentrum befindlichen und an der Übung teilnehmenden Zivilpersonen). Private Gespräche sollten unterlassen werden.

Wir wünschen den 130 Übungsteilnehmern eine angenehme Nacht im Zivilschutzkeller von Eschen und einen erfolgreichen Verlauf der Operation «Erdbebenkatastrophe».

FBP rüstet für die Vorsteher- und Gemeinderatswahlen 1983

Arbeitsitzungen mit Verabschiedung des Massnahmenkataloges und die Festlegung der Marschroute für die Parteigremien

Ende Januar/Anfangs Februar 1983 sind im ganzen Lande die Gemeinderäte und die Vorsteher neu zu wählen. Die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) ist entschlossen, ihre guten Positionen in den Gemeindeparlamenten und in den Vorsteherämtern bei diesem Urnengang nicht nur zu halten, sondern wenn und wo immer möglich auch auszubauen. Aus diesem Grunde ist man schon frühzeitig an die Erarbeitung von Konzepten gegangen, welche als Leitlinien für die Gemeindewahlen 1983 dienen sollen. – Unsere Aufnahme zeigt einen Ausschnitt aus der Schaaner Arbeitssitzung vom Mittwoch dieser Woche. Auf dem Bild erkennen wir u. a. Vizeregierungschef Hilmar Ospelt, Parteivizepräsident Klaus Wanger, Parteipräsident Dr. Herbert Batliner, den interimsistischen Parteisekretär Edwin Nutt und FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann (v. l. n. r.).

Im Rahmen von zwei Regionaltagungen, welche unter dem Vorsitz von FBP-Präsident Dr. Herbert Batliner am Mittwoch in Schaan und am Donnerstag dieser Woche in Eschen stattgefunden haben, sind im Hinblick auf die kommenden Gemeindewahlen 1983 ein entsprechendes Arbeitsprogramm verabschiedet und die Marschroute für die verschiedenen Parteigremien festgelegt worden. An den Arbeitstagen im Wahlkreis Oberland und im Wahlkreis Unterland nahmen ausser den Ortsgruppen-Obmännern



auch die Vorsteher, die Vizevorsteher (soweit der FBP zugehörig), der FBP-Vorstand und die Mitglieder der Landtagsfraktion teil.

Im Zentrum der Arbeitssprache stand insbesondere die Fixierung organisatorischer Massnahmen und Fragen des Auftretens der Partei nach aussen. Dinge, die neu geordnet werden sollen.

Die Abwicklung bzw. Erfüllung der beschlossenen Aktivitäten richtet sich nach einem von der Arbeitstagen klar festgelegten Zeitplan. Danach werden in erster

Linie die Kandidaturen für die Gemeindevorsteher und für die Gemeinderäte in den einzelnen Ortsgruppen abgeklärt und zu den vorgegebenen Zeitpunkten bekanntgegeben. Ausserdem sind in den nächsten Wochen Ortsgruppenversammlungen geplant, in welchen u. a. auch gemäss dem Parteitagbeschluss vom vergangenen Mai in Mauren, die Zuwahl der Delegierten bzw. Neuwahlen, soweit sie fällig sind sowie die Zuwahl des Jugendgruppenleiters und des Ortsgruppenkassiers zu erfolgen haben.

Vertieft werden sollen auch die Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen den Vorsteher-Kandidaten, den FBP-Gemeinderatskandidaten, den Ortsgruppenleitungen und den Ortskorrespondenten des Parteiorgans. Im Sinne einer angestrebten Dezentralisierung werden sich ferner Spezialausschüsse in den Ortsgruppen mit weiteren Massnahmen für die Vorstellung der FBP-Kandidaten zu befassen haben.

Eine bedeutsame Rolle fällt im Rahmen der zu praktizierenden persönlichen

Kontaktpflege zwischen Wählern und Kandidaten den FBP-Delegierten in den einzelnen Gemeinden zu. Die Organisation von Ortsgruppenanlässen aller Art – von den FBP-Ortsgruppen individuell gestaltet – sollen vornehmlich dazu dienen, den Kontakt zwischen Bürgern und Partei zu pflegen und zu vertiefen.

Neuregelung der Parteifinanzierung

Weitere Themen der sehr ergebnisreichen Arbeitssprache waren u. a. auch Fragen im Zusammenhang mit der Neuregelung der Parteifinanzierung, wobei den Ortsgruppen inskünftig eine wichtige Funktion zufällt, und im weiteren eine Orientierung des Vorstandes über die Teilnahme des VOLKSBLATT an der diesjährigen LIHGA!

Dort werden die einzelnen FBP-Ortsgruppen mit angemessenen und spezifisch auf ihre Gemeinde ausgerichteten Rahmenprogrammen täglich präsent sein.



Einen Tag nach den Oberländer Parteifreunden fanden sich am Donnerstagabend in Eschen leitende FBP-Funktionäre des Wahlkreises Unterland zu einer ersten grossen Vorbereitungssitzung für die Gemeindewahl 1983 zusammen. An der Tagung nahmen neben den amtierenden FBP-Vorstehern und den Ortsgruppen-Obmännern auch Delegierte aus verschiedenen Gemeinden teil. Zielsetzung der Oberländer wie der Unterländer Arbeitstagen war es u. a., ein gemeinsames Konzept und ein gemeinsames Auftreten der FBP bei den nächsten Vorsteher- und Gemeindewahlen festzulegen.